

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK

herausgegeben vom Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik
an den österreichischen Universitäten

vol. XXVIII 4–2012

Post-Development: Empirische Befunde

Schwerpunktredaktion: Aram Ziai

mandelbaum *edition südwind*

Inhaltsverzeichnis

4	ARAM ZIAI Post-Development: Empirische Befunde
8	DOMINIK GILGENBACH, BETTINA MOSER Lieber autonom als entwickelt? Zapatistische Autonomie als empirische Stütze des Post-Development?
30	ALICE HAMDI, SEBASTIAN HILF, KATHARINA SCHMIDT Alternativen in der Stadt: Der Kampf der Sem-Tetos in Rio de Janeiro
48	MIRJAM TUTZER Das Licht und die Flasche: Sichtweisen, Alternativen zu Entwicklung und Handlungsmacht in Kibera, Nairobi
69	FRIEDERIKE HABERMANN Von Post-Development, Postwachstum & Peer-Economy: Alternative Lebensweisen als „Abwicklung des Nordens“
88	MORITZ HUNSMANN ‘Alternatives to Development’ and Acute Dependency: HIV/AIDS as a Blind Spot of Post-Development Theory?
109	Rezension
111	Schwerpunktredakteur und AutorInnen
115	Impressum

FRIEDERIKE HABERMANN

**Von Post-Development, Postwachstum & Peer-Economy:
Alternative Lebensweisen als „Abwicklung des Nordens“**

Nicht „Post-Development“, sondern „Postwachstum“ lautet das Zauberwort in Deutschland, unter dem Autoren wie Niko Paech (2012), Meinhard Miegel (2011) oder Christian Felber (2012) heute Massenabsatz finden: Die Erkenntnis, dass es nicht so weiter gehen kann wie bisher, verbreitet sich einerseits aufgrund des empirischen Befundes, dass sich die Entkoppelung des Wachstums vom Ressourcenverbrauch historisch als Illusion erwiesen hat. Andererseits spielen Tatsachen eine Rolle wie jene, dass in Deutschland der CO₂-Ausstoß pro Kopf und Jahr bis 2050 von knapp elf Tonnen auf knapp drei fallen müsste, um zumindest das sogenannte „2-Grad-Ziel“ zu erreichen. All dies führt zu einem bislang unbekanntem Interesse daran, wie eine Gesellschaft ohne Wachstum aussehen könnte. Allerdings ist diese Diskussion nicht neu – sie existiert seit Jahrzehnten und hatte insbesondere in den 1980er Jahren Konjunktur (vgl. Kaden 1984). Ausgangspunkt damals war neben ökologischen Aspekten zumeist die Prognose einer sinkenden Arbeitsnachfrage, weshalb der Schwerpunkt auf Arbeitszeitverkürzung und Grundeinkommen lag (vgl. Krämer/Leggewie 1989). Bei den genannten Autoren geht es um Aspekte wie die Abkehr vom Massenkonsum, um Begriffe wie Zeitgenügsamkeit, Substanzerhalt und Eigenarbeit sowie natürlich auch, aber eben nicht nur, um grüne Technologien.

Dem Glauben an einen „technical fix“, wie er dem liberalen Konzept von Green Growth unterliegt – also daran, dass technologische Innovationen eine stärkere Umweltverträglichkeit von Wachstum ermöglichen kann, ohne dabei auf gesellschaftliche Veränderungen angewiesen zu sein – wird eine Absage erteilt, und die Gewissheit, dass unser Leben sich bereits in den nächsten Jahrzehnten deutlich anders gestalten wird als im Moment, wird positiv gewendet. Sind dies Ansätze eines Post-Development des

Nordens? Wie in dem Post-Development-Diskurs um den globalen Süden wird auch hier das Paradigma von Wachstum bzw. Entwicklung fundamental in Frage gestellt. Nicht zufällig verbindet sich der Name Wolfgang Sachs ebenso mit Post-Development (1993a) wie auch mit der (Post-)Wachstumsdebatte (1993b).

Doch so, wie den zahlreichen Theorien „alternativer Entwicklung“ im Post-Development-Diskurs vorgeworfen wurde, dass sie nur nach anderen Wegen suchten, um letztlich doch das Ziel der Entwicklung nach dem Vorbild der Industrienationen zu verwirklichen (vgl. Ziai 2006: 68), findet sich auch bei den oben genannten Ansätzen kein grundsätzlich anderes Gesellschaftsmodell. Denn so bunt und radikal diese Visionen auch teilweise wirken mögen (sie propagieren etwa eine Reduktion und Zivilisierung des Wirtschaftssystems oder, in differenzierteren Ansätzen, Regulierungsinstrumente wie die Internalisierung externer Kosten): wie die inneren Wachstumszwänge, die nicht nur von Karl Marx als solche analysiert wurden, überwunden werden können, wird nicht gelöst. Paech (2009: 26) schlägt eine Abschaffung der Innovationsorientierung, des gegenwärtigen Geld- und Zinssystems, hoher Gewinnerwartungen und des auf globaler Arbeitsteilung beruhenden Modells der Fremdversorgung vor; der Professor für Wirtschaftswissenschaften Hans Diefenbacher (2011: 164) projiziert einen „Wettbewerb“, der „nicht am ‚survival of the fittest‘, sondern an der Struktur eines solidarischen Netzwerks“ orientiert sei. Wie diese Umkehrungen kapitalistischer Wachstumslogik ökonomisch funktionieren sollen, erklären beide Ökonomen jedoch nicht.

Diese Leerstelle in den Postwachstums-Ansätzen ist verbunden damit, dass nicht über die Dreieinigkeit „Staat-Markt-Familie/Freund_innenkreis“ hinaus gedacht wird – allenfalls werden noch die Nachbar_innen mit einbezogen, wie in Paechs (2011) Vision für ein Deutschland im Jahr 2050. In der feministischen Diskussion werden dagegen seit Jahrzehnten Ansätze diskutiert, die ebenfalls unter das neue Schlagwort „Postwachstum“ passen würden, die jedoch genau hier ansetzen: In der Vorstellung nicht-familiärer (auch nicht im Sinne von wahlverwandt), nicht-kapitalistischer und nicht-staatlicher Produktion. Maria Mies (1990), Claudia von Werlhof (1991) und Veronika Bennholdt-Thomsen (2010) mit der „Subsistenzwirtschaft“, Carola Möller (1997) mit ihrem „gemeinwesenorientierten Wirtschaften“ oder Adelheid Biesecker et al. (2000) mit „vorsorgendem

Wirtschaften“ haben, bei allen Unterschieden, gemeinsam, dass sie von gesellschaftlichen Wirtschaftsweisen jenseits dieser Dreieinigkeit ausgehen. Bennholdt-Thomsen (2010) fordert beispielsweise nicht weniger als die Abschaffung des Geldes; Biesecker (2010) postuliert, vorsorgendes Wirtschaften „rüttelt an überkommenen Strukturen und Eigentumsverhältnissen, macht unabhängig von Märkten und entzieht sich somit der Profitlogik“. Als weitere Gemeinsamkeiten dieser feministischen Ansätze lassen sich folgende Kernelemente zusammenfassen: ein Wirtschaften, bei dem die Bedürfnisse der Einzelnen und der Gesellschaft sowie ein sinnvoller Umgang mit Ressourcen und Natur den Maßstab geben und das auf einer nicht-patriarchalen Arbeitsteilung beruht in dem Sinne, dass der Stellenwert der einzelnen Tätigkeiten gleichgewichtig ist und die Trennung von Produktion und Reproduktion zu einer „ReProduktion“ aufgehoben wird; Entscheidungen werden kollektiv und selbstbestimmt zugleich getroffen; die Wirtschaft ist vorwiegend lokal organisiert, ohne jedoch Vernetzungen zu anderen, auch überregionalen Einheiten auszuschließen; ein sozial kompetentes, kooperierendes und solidarisches Handeln als notwendige Grundeinstellung wird erlernbar gemacht. Der Unterschied zu den oben rezipierten Postwachstums-Ansätzen liegt allerdings eher in der Anerkennung der Notwendigkeit einer Überwindung kapitalistischer Logik – alternative Konzepte können auch sie nicht vorweisen.

Von diesen feministischen Diskussionen angestoßen erlangte innerhalb des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) Mitte der 1990er Jahre unter dem Schlagwort der „Abwicklung des Nordens“ die Vorstellung vom wirtschaftlichen Rückbau Aufmerksamkeit. Die später in Bundeskoordination Internationalismus umbenannte Vernetzung internationalistischer Gruppen in Deutschland entwickelte unter dieser, ironisch an die Abwicklung der staatssozialistischen Wirtschaft Ostdeutschlands anknüpfenden Formulierung erste Schritte eines Rückbaukonzepts für den globalen Norden. Wer einen solchen Rückbau nicht wolle, so heißt es in der (als Entwurf veröffentlichten) Grundsatzerklärung des BUKO-Arbeitsschwerpunkts Weltwirtschaft und Politisierung der Subsistenz, kurz SCHWUPS, „sollte sich mit „Ratschlägen“ an die Menschen und sozialen Bewegungen im Trikont in der Tat zurückhalten“ (SCHWUPS 1997: 110). Unter dem Stichwort „Abwicklung des Nordens“ wurde zu „Aktivität gegen militärische Intervention“ ebenso

aufgerufen wie zur Aneignung von Lebensweisen, die „ein sozial befriedigendes Leben ermöglichen, ohne den Umweg über Lohnarbeits-Geld, imperialistischen Außenhandel und eine industrielle Konsummaschine“ zu nehmen. Damit wurden Entsprechungen zur von Theoretiker_innen wie etwa Arturo Escobar (1995) formulierten Kritik gesucht, welche im auf Wachstum ausgerichteten Entwicklungsmodell eine Form der Kontrolle und Dominanz des globalen Nordens sahen. Doch waren diese Schritte letztlich zu unkonkret, um in die Praxis umgesetzt zu werden – selbst die Protagonist_innen zeichneten sich durch eine Theoretisierung und nicht durch eine praktische Umsetzung aus. Ebenso sang- und klanglos wie vorher bereits die feministischen verschwand auch dieser Ansatz wieder aus der Diskussion.

Zentral ist allerdings, dass es nie darum ging, Vorgaben für ein anderes Wirtschaften zu machen oder zu postulieren, dass aus bestehender Subsistenzwirtschaft gelernt werden könne, da die Ursache für Unterentwicklung gerade in der Zerstörung von Subsistenz und einer Inkorporation der Reste in die kapitalistische Struktur gesehen wurden. Stattdessen, so der Schluss eines Textes von Ulla Peters (1993: 79), welcher den Anstoß für SCHWUPS gab, müssten die Kriterien für neue Kooperationsformen aus der bestehenden Praxis abgeleitet werden.

Und tatsächlich lassen sich bei Ansätzen anderen Wirtschaftens in den darauf folgenden Jahren, konkret in diesem Jahrtausend, Kriterien für neue Kooperationsformen herauslesen. Im Nachklang meines Buches *Halbinseln gegen den Strom* (Habermann 2009) über Ansätze alternativen Wirtschaftens im deutschsprachigen Raum wurde mir deutlich, dass diese Ansätze wesentlich den Prinzipien der „commons-based peer production“ entsprechen. Mit diesem Ausdruck erklärt der US-amerikanische Jurist und Harvard-Professor Yochai Benkler die Entstehung freier Software durch freiwillige und nicht-hierarchische Zusammenarbeit mithilfe einer Erweiterung der Neuen Institutionenökonomik, da diese Form der Zusammenarbeit mit der auf den *homo oeconomicus* gestützten ökonomischen Theorien nicht fassbar ist. Tatsächlich findet sich hier also ein gelebter ökonomischer Ansatz, der nicht auf Konkurrenz aufbaut und statt von „Wettbewerb“ von „struktureller Gemeinschaftlichkeit“ ausgeht (Meretz 2012).

Zur Verdeutlichung der Kriterien der „commons-based peer production“ versucht der nächste Abschnitt zunächst eine Abgrenzung zu vorherigen Hauptströmungen alternativen Wirtschaftens. Anschließend wird

ihr begrifflicher Hintergrund ausgeführt und die Prinzipien anhand empirischer Beispiele dargestellt, die ich hier als „Ecommony“ fasse. In der abschließenden Betrachtung wird noch einmal explizit die diesem Text zugrundeliegende These ausgeführt, dass Post-Development seine Entsprechung im globalen Norden hat und die „Ecommony“-Prinzipien realexistierender Ansätze einen Weg hierzu aufzeigen.

I. Aus Erfahrungen lernen

Diese These, dass die in Umsetzungsbeispielen einer „Ecommony“ derzeit verfolgten Strategien einen Rückbau der Industrieländer darstellen könnten, bedeutet nicht, dass nicht auch andere Ansätze alternativen Wirtschaftens bzw. einer Wirtschaft ohne Wachstum vorstellbar sind. Doch an den Prototypen solidarischer Ökonomie der vergangenen Jahrzehnte herrscht bei Aktiven inzwischen vielfach Kritik vor, was wiederum neuere Formen so prägt, dass sie erst vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen zu verstehen sind (vgl. hierzu auch die von mir durchgeführten Interviews, Habermann 2009).

Die Landkommunen der 1970er Jahre, die sich in der Folge der Studierendenbewegung gründeten, versuchten, sich durch einen hohen Anteil an Subsistenzproduktion weitgehend autark zu erhalten, was bedeutete, das „Richtige im Falschen“ zu leben. Damit verbunden war jedoch vielfach auch eine soziale Isolation, die in manchen Kommunen den Gruppendruck so erhöhte, dass er von (ehemaligen) Teilnehmenden häufig als problematisch empfunden wurde. Dabei haben solche und ähnliche Projekte das öffentliche Bild solidarischer Ökonomie stark geprägt und in heutigen Diskussionen dazu ist die Angst vor Gruppendruck oft die vorherrschende Reaktion.

In den 1980er Jahren kam die Gründung von kollektiven Betrieben in Mode. Schon im Jahr 1896 hatte Franz Oppenheimer nach einer empirischen Analyse von Genossenschaften in England formuliert: „Nur äußerst selten gelangt eine Produktionsgenossenschaft zur Blüte. Wo sie aber zur Blüte gelangt, hört sie auf, eine Produktivgenossenschaft zu sein“ (zit. nach Steinmeyer 2008: 39f). Diese Erfahrung machten auch viele Genossenschaften der 1980er Jahre, so dass neuere Ansätze hier nach Alternativen suchen. David von der Nichtkommerziellen Landwirtschaft (NKL) begreift das (weiter unten erläuterte) nicht-kommerzielle Produzieren in bewusster Abgrenzung

zu dieser Art von kollektiver Organisation: „letztendlich ist es ja schnuppe, ob du als Kollektiv auf dem Markt funktionierst oder als hierarchisches Einzelunternehmen. Beziehungsweise [...], [...] ich will ihnen nicht absprechen, dass das nicht sinnvoll war persönlich für die Leute, aber politisch hat mir eine klarere Ausrichtung gefehlt“ (zit. nach Habermann 2009: 29).

In den 1990er Jahren boomten, von Kanada ausgehend, die Tauschringe. Sie beruhen darauf, dass Arbeit getauscht wird in eigens dafür erfundenen Währungen – seien es Kreuzer, Taler oder Äpfel. Die Währung misst eine Viertelstunde Arbeit, egal welche. Das System hat den Vorteil, dass es keine Mehrwertproduktion und damit gegenseitige Ausbeutung zulässt. Es hebt jedoch nicht alle Nachteile des Geldes auf. So müssen sich Menschen immer noch tendenziell mit dem „vermarkten“, was ihre effizientesten, und nicht was ihre liebsten Tätigkeiten sind. Darüber hinaus wird kritisiert, dass der Zugang zu Ressourcen beschränkt bleibt, denn obwohl der Setzling auf den Kompost käme, wenn er nicht an die Nachbarin weitergegeben wird, oder CD und Computer nicht verschwinden, wenn sie zwischendurch von dieser genutzt werden, wird die Ressource nur für Äpfel getauscht. In diesem Sinne grenzt sich die Nutzungsgemeinschafts-Webseite *whopools* von Tauschringen vehement ab: „Tauschringe wollen die Knappheit der Ressourcen beibehalten. Im Prinzip funktionieren Tauschringe wie Märkte. Wer kein Geld/keine Zeit-Punkte etc. hat, bekommt auch nichts. Obwohl viele Ressourcen brachliegen.“¹

Dies ist einer der zentralen Ansatzpunkte neuer Projekte: Ressourcen so offen wie möglich allen zur Verfügung zu stellen. Gesellschaftlich umgesetzt hätte dies enorme ökologische Folgen: Erstens müsste auf diese Weise nicht alles pro Haushalt neu angeschafft werden; zweitens würden Anschaffungen wegfallen, die ab einem bestimmten Einkommensniveau sowieso überwiegend *positional goods* sind, deren Sinn darin besteht, dass die Menschen um einen herum diese nicht besitzen (Hirsch 1976). Drittens würde das, was Stefano Bartolini (2010), Professor für Volkswirtschaft in Siena, als „negatives endogenes Wachstum“ bezeichnet, weitgehend überflüssig: wenn geld- und ressourcenintensive Freizeitmöglichkeiten genutzt werden, weil es keine geldfreien Alternativen für soziale Treffpunkte gibt; wenn in den Urlaub geflogen wird, um einen Ausgleich für das zerstörte Lebensumfeld und/oder den beruflichen Stress zu finden usw. – der Anteil dieser Faktoren an dem, was als Wachstum des Bruttosozialprodukts

gefeiert wird, ist nicht zu unterschätzen. Nebenbei hat deren Wegfall auch noch positive Effekte für die Psyche, da *positional goods* bei der gegebenen Einkommens- und Vermögensverteilung per Definition mehr Menschen unglücklich als glücklich machen und da Studien zeigen, dass die Fokussierung auf materielle Anschaffungen Menschen kränker sowie anfälliger für negative Emotionen macht (Kasser 2003) sowie dass Gesellschaften ohne große Einkommensunterschiede und insbesondere auch die Reiche(re)n darin generell glücklicher sind (Wilkinson/Pickett 2010).

2. Was Commons sind – und sein könnten

Dem englischen Begriff Commons entspricht das deutsche Wort „Allmende“. Dies waren im Mittelalter Ländereien im Besitz der Dorfgemeinschaft, die von allen Gemeindemitgliedern genutzt werden konnten (für eine ausführliche Darstellung vgl. Schibel 1985). In Deutschland wurden diese Flächen, die es in jedem Dorf gab, zu Beginn der Neuzeit von den Herrschern angeeignet. Dies war nicht nur ein wesentlicher Grund für den Bauernkrieg, sondern führte durch die damit verbundene Trennung der Menschen von ihren Lebens- und Arbeitsgrundlagen letztlich zur „Freisetzung“ des Industrieproletariats. Doch dieses *enclosure*, wie es im Englischen heißt, stellt durchaus keinen abgeschlossenen Prozess dar. Auch wenn uns Allmenden in Form von Weideflächen und Ackerland inzwischen fremd sind – was Commons sind und was nicht sind hängt davon ab, was wir als normal empfinden. Noch ist es für uns in Deutschland weitgehend normal, in Gewässern baden zu können – den Brandenburger Seen beispielsweise aber droht die Privatisierung, beim Wandlitzsee ist sie schon geschehen. Dies hat zur Folge, dass Anlieger_innen mit einem Zaun der Zugang zum Wasser versperrt werden kann, Stegbesitzer_innen plötzlich hohe Pachtgebühren aufbringen müssen oder eine Gemeinde für eine Badestelle mit Rutsche sogar 50.000 Euro im Jahr an den Eigentümer bezahlen muss (vgl. Rada 2009).

Der heute herrschende Eigentumsbegriff, der in der Regel den Ausschluss der Nutzung durch andere impliziert, ist dabei erst im Zuge des Kapitalismus zur Normalität geworden. Es ist ein Allgemeinplatz in der Post-Development-Theorie, dass in vielen anderen Kulturen andere

Besitz- oder Nutzungsverhältnisse gültig waren (vgl. Escobar 2009; Cornell/Muvangua 2012). Damit waren häufig weitgehende gemeinschaftliche Nutzungsrechte verbunden, die dem, was unter Commons verstanden wird, sehr nahe kommen. Dass Commons auch ein Bestandteil unserer Vergangenheit sind, gilt es mitzudenken, wenn über die Basis für ein anderes Leben und Wirtschaften in der Zukunft diskutiert wird. Dann wird deutlich, dass es sich um keine von „linken Spinner_innen“ an Schreibtischen oder auf Landschollen entwickelte Idee handelt, sondern womöglich um das Prinzip, worauf alles in allem das Leben und das Wirtschaften der Menschheit am meisten beruht hat.

In gewissen Sinne sind Commons aber auch ein wesentliches Prinzip der Gegenwart, da Aneignungen von Commons nach wie vor stattfinden: Ray Anderson, CEO der weltweit größten Produktionsfirma für Teppichböden, beschreibt in dem Film „The Corporation“, wie entsetzt er war, als er verstand, „wie viel die Erde aufgrund unseres Rohstoffabbaus neu produzieren muss, damit unsere Firma einen einzigen Dollar Gewinn macht“ (Achbar/Abbott 2003: 39. min). Die Patentierung von Biodiversität und damit verbundene „Bestrafungen“ für das Verwenden traditioneller Heilpflanzen, Reis- oder Kartoffelsorten fällt ebenso unter diese Form der Aneignung wie die fälligen Gebühren beim Singen vieler Weihnachtslieder oder Geburtstagsständchen in deutschen Kindergärten oder gar auf Youtube. Die Liste ließe sich nur allzu leicht verlängern und zeigt, dass die private Inbesitznahme von Commons auch heute Alltag ist – jedoch weniger durch Individuen denn durch Konzerne.

Dies erklärt ebenso folgendes Paradox auf dem Weg zum Erreichen des obersten Millenniumsziels, der Halbierung von Armut: Während es auf der einen Seite statt zu einer Reduzierung des Anteils der Hungernden um die Hälfte zu einem starken Anstieg kam, wird auf der anderen Seite gerne auf den Erfolg verwiesen, dass heute wesentlich mehr Menschen als noch 1990 über mehr als einen Dollar pro Tag zum Leben verfügen. Von Unklarheiten bei der Inflationsbereinigung dieser Berechnung abgesehen (vgl. Reddy 2006) wird vor allem übersehen, dass es in derselben Zeit im globalen Süden zu weiteren wesentlichen *enclosures* kam. Ähnlich, wie in der Kolonialisierung viele Gegenden als „leer“ galten und daher in Besitz genommen werden konnten, wurden in den letzten zwei Jahrzehnten viele „brachliegende“, „ungenutzte“ Landflächen kommerzialisiert

und „produktiv“ gemacht. So etwa in Mosambik, wo für ein 2012 eingeweihtes Biomassekraftwerk in Wales, mit dem ein Drittel der dortigen Haushalte mit Strom versorgt werden kann, nun pro Jahr 100.000 Hektar Wald abgeholzt werden. Der Wald wurde bereits eingezäunt, und damit den Menschen vor Ort die Möglichkeit genommen, sich von dort Feuerholz, Kräuter oder Beeren zum Kochen zu holen.² Ein anderes Beispiel stellt der Kampf einer Gemeinschaft in Oaxaca, Mexiko, dar: Bettina Cruz Velázquez berichtete im Frühjahr 2012 auf ihrer Rundreise durch Europa, dass die landwirtschaftlichen Flächen ihres Dorfes, die durch die mexikanische Revolution als unveräußerbare „Ejidos“, also Allmenden, erkämpft, jedoch seit dem Beginn der Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA wieder privatisierbar wurden, gerade den Windrädern eines Stromkonzerns weichen müssen. Ebenfalls für diesen Zweck wird der Wald gerodet, dessen Früchte die Menschen essen (insbesondere *Pitayas*), und im Meer, von dessen Fischen sie leben, werden Offshore-Anlagen aufgestellt. Ihrer Lebensgrundlagen beraubt, bleibt den Menschen hier und anderswo meist nur die Flucht in einen Slum – wo sie dann Geld benötigen, aber ihnen dennoch weniger für ein gutes Leben zur Verfügung steht als zuvor. Rosa Luxemburg (1981 [1913]) nannte solche *enclosures* „kapitalistische Landnahme“ und argumentierte, dass der Kapitalismus gar nicht existieren könne ohne die beständige Vereinnahmung externer Ressourcen.

Während die bislang genannten Beispiele überwiegend der Gruppe der *natural* Commons zuzuordnen sind, so bezieht sich der Terminus der „commons-basierten Peerproduktion“ dagegen auf die große zweite Kategorie: die „*digital*“ Commons“. „Peer“ oder *peer-to-peer* steht für Beziehungen unter Gleichrangigen. „Peerproduktion“ beschreibt die Art und Weise, wie freie Software produziert wird, nämlich, ohne dass es eine hierarchisch gegliederte Organisation gibt oder Äquivalententausch eine Rolle spielt. Stattdessen handeln Peer-Produzent_innen, wie Untersuchungen zeigen, aus Vergnügen, aus Leidenschaft oder aufgrund des Wunsches, etwas Nützliches zu tun und der *Community*, deren Produkte ja frei zugänglich sind, etwas zurückzugeben (Himanen 2001).

In den im Folgenden vorgestellten Prinzipien aber geht es nicht nur um *natural* und *digital* Commons, sondern darüber hinaus lautet die zugrundeliegende These, dass letztlich alles als Commons gefasst werden kann – hierfür spreche ich von *Ecommony*. Gegen eine mögliche Anwendung

des Prinzips der commons-basierten Peerproduktion in anderen Produktionsbereichen wird argumentiert, dass, während im virtuellen Bereich das kommerzielle Lexikon Brockhaus von Wikipedia „auskooperiert“ werden konnte, bei materieller Produktion keine Konkurrenzfähigkeit bestehe. Dies fand ich insbesondere durch meine Forschungen zu alternativem Wirtschaften in Argentinien nach dem dortigen Finanzcrash von 2001 bestätigt, denn gegen die Ausbeutung von Billigstlöhnen im globalen Süden lässt sich nicht konkurrieren (Habermann 2004). Das bedeutet jedoch nicht, dass eine solche Produktion an sich nicht möglich ist.

3. Die Prinzipien einer „Ecommony“

3.1 Besitz statt Eigentum

Der Kiefernhein ist ein Offener Platz: Jede_r darf dort hinziehen, ohne dass beispielsweise hierüber erst im Plenum beschlossen werden müsste. Ganz nach dem Spruch von Tashunka Witko alias Crazy Horse, „Man verkauft nicht die Erde, auf der die Menschen wandeln“ entspricht dies einem Verständnis von Commons, nachdem nicht das Eigentum an etwas zählt, sondern der Besitz, also wer etwas benutzt und benötigt. Die Unterscheidung von Besitz und Eigentum findet sich auch im Bürgerlichen Gesetzbuch: Der Vermieterin gehört die Wohnung, der Mieter besitzt sie. Aus einer Commons-Perspektive gilt: Wer in einer Wohnung wohnt, der besitzt sie auch, kann sie aber nicht verkaufen – bis 2011 wurde dies in Kuba so praktiziert. Als gelebte alternative Ansätze finden sich in Deutschland und Österreich Offene Plätze wie der Kiefernhein, die aus diesem Verständnis heraus niemandem den Zuzug verwehren. Der Kiefernhein ist ein Gelände mit mehreren Häusern, das offiziell einem Verein gehört. Gekauft wurde der Kiefernhein nach dem Kaffeekassenprinzip: Es ist unklar, wer was dazu beigetragen hat, und es spielt auch keine Rolle (vgl. Habermann 2009: 145ff).

Im gesellschaftlichen Alltag sind Menschen, beispielsweise bei Parks oder Marktplätzen, noch einen freien Zugang gewöhnt, wenngleich immer häufiger für den Eintritt in einen Park gezahlt werden muss. Aus einer Commons-Perspektive betrachtet bricht es einer das Herz, wenn am Eingang ein altes Pärchen die Wächter bittet, einige Schritte hineingehen zu dürfen, um wenigstens Fotos zu machen. Und wer heute versucht, sich

auf Marktplätzen konsumfrei niederzusetzen, wird alsbald Bekanntschaft mit dem Wachschatz machen.

Reine öffentliche, sogenannte nicht-rivale Güter wie die hierfür vielzitierten Deiche und Leuchttürme, aber auch Radio- und Fernsehsender oder natürlich Software sind ebenso prädestiniert für einen freien Zugang wie unreine öffentliche Güter wie Straßen und Wege, Wasserver- und -entsorgung, oder allgemein jede Art öffentlicher Verkehrsmittel und Infrastruktur, bei denen das Ausschlussprinzip nicht greift, jedoch eine Rivalität im Konsum besteht. Während all diese Güter im gegenwärtigen System teilweise unentgeltlich, teilweise nur gegen Gebühren erhältlich sind, wären sie als Commons grundsätzlich für alle nutzbar.

„Besitz statt Eigentum“ kann sich aber auch auf Gegenstände wie Bücher beziehen, die zum Beispiel über Bibliotheken oder direkt an Freund_innen verliehen werden. Doch es geht auch anders: Öffentliche Bücherschränke, mal aus Holz, mal in Form zweckentfremdeter Telefonzellen oder Verteilerkästen, aus denen genommen und in die umgekehrt Bücher gestellt werden können, existieren inzwischen in vielen Städten.³

Auch Werkzeuge können gemeinschaftlich genutzt werden – vorausgesetzt dies geschieht in einem überschaubaren Rahmen, da sie anders als ein Buch nicht irgendwann „ausgebraucht“ sind. Auch dies existiert in öffentlicher Form, zumindest im kalifornischen Berkeley, wo sich Werkzeuge in einer Bibliothek ausleihen lassen. In Deutschland finden sich als alternative Ansätze auch ganze offene Werkstätten, ausgestattet mit Werkzeugen für Holz- oder Metallbearbeitung, mit Fahrrad- oder Nähwerkstatt oder auch *personal fabricators*, also 3-D-Druckern für selbstdesignte Kunststoffgegenstände.

Nutzungsgemeinschaften tauschen weit mehr als nur Werkzeuge unentgeltlich und ohne direkte Tauschlogik aus. „NutziGems“ basieren auf dem Prinzip, dass nicht alle alles besitzen müssen, nur um es ab und zu gebrauchen zu können. Gemeinsam genutzt oder gegenseitig zur Verfügung gestellt (oder geschenkt) werden Gegenstände, Fertigkeiten oder auch Wissen – kurz: Ressourcen. Eine Nutzungsgemeinschaft setzt sich meist aus Menschen zusammen, die dicht beieinander wohnen, da nur so die gemeinsame Nutzung komplikationslos organisiert werden kann. In der Regel verbleiben die Gegenstände im Privatbesitz, es kann aber auch einen gemeinsamen Lagerraum geben (Habermann 2009: 76-83). Mittlerweile gibt es Nutzungsgemeinschaften, die sich internetgestützt orga-

nisieren und in jüngster Zeit sogar als *why-buy-app*. Ein weiteres Beispiel für eine gemeinsame Nutzung sind die rund sechzig Umsonstläden alleine in Deutschland, die wie ein Second-Hand-Laden funktionieren, nur eben ohne Geld und ohne Tauschlogik. Wer etwas hat, was er oder sie nicht mehr möchte, bringt es. Wer etwas im Laden entdeckt, was er oder sie gebrauchen kann, nimmt es. Obwohl auch manchmal Schenkläden genannt, sind sie in diesem Sinne jedoch gerade nicht als Orte zu verstehen, wo Dinge von Privateigentum in Privateigentum übergehen, sondern als Orte, wohin Dinge gebracht werden, die, da sie nicht mehr benutzt werden, „aus dem eigenen Besitz gefallen“ sind. Auf diesem Gedanken baut auch der Ansatz des Arbeitskreises Lokale Ökonomie (AK LÖK) auf, der hinter dem Umsonstladen Hamburgs steht und Regale als „freie Hardware“ baut, die als Dauerleihgaben vergeben werden (AK LÖK o.J.).

3.2 Teile, was du kannst

In der freien Softwareproduktion findet sich das Prinzip *Share what you can* als „Teile, was du hast und nicht brauchst“ aufgeteilt in vier Formen: Parallele Nutzung (zum Beispiel eines Internetzuganges), serielle Nutzung, also nacheinander (in diesem Sprachgebrauch wären die Regale des AK LÖK *Perma-Floater*); gemeinschaftlich organisierte Sammlungen (Wikipedia, oder zum Beispiel von Büchern) sowie Orte der offenen Produktion (entweder im Netz wie gemeinschaftliches Design oder als Offene Werkstätten).

„Teile, was Du kannst“ geht aber eigentlich insofern darüber hinaus, als dass das englische Wort *can* neben der Bedeutung „und was Du nicht brauchst“ noch zwei weitere hat: „Teile, was Du weißt“ sowie „Teile, was Du tust oder tun möchtest“. Damit sind außer Dingen auch Fähigkeiten, Tätigkeiten oder Wissen gemeint, das sich bekanntlich vermehrt, ja vervielfacht durch Teilen. Und, wer sich nicht durch Elitebildung im Konkurrenzkampf behaupten muss, kann genießen, mit anderen zusammen hierdurch die eigenen Fähigkeiten noch besser nutzen zu können. Hier setzt das sogenannte *skill-sharing* an: „Leute werfen ihr Wissen, ihre Ressourcen, ihre Infrastruktur in einen großen Pool, aus dem sich alle, die der Solidargemeinschaft angehören, nach Bedarf bedienen können“. Allerdings, so erklärt Sabine Steldinger das Prinzip der *Traveling School of Life (Tsolife)* „es ist freiwillig“ und handelt sich somit um eine „Nutzungsgemeinschaft für Bildung“. Wieder geht es um die optimale Ressourcennutzung: „Es soll

möglichst das, was schon an Reichtum da ist, besser genutzt und ausgelastet werden“ und „[a]uch hier herrscht keine Tauschlogik“ (zit. nach Habermann 2009: 187ff).

Ähnlich funktionieren Freie Universitäten, die entweder zeitlich gebündelt am Rande von Semestern stattfinden (etwa in Erfurt oder Marburg), als eine Art soziale Zentren (wie in Berlin oder Frankfurt am Main), das gesamte Studium begleitend (wie in Bremen) oder ganz unabhängig von der Universität (zum Beispiel in Hamburg oder Basel) (ebd.: 175-186).

Aber es geht bei dieser Interpretation von „Teile, was Du kannst“ auch um das direkte Einbringen der eigenen Fähigkeiten als Tätigkeiten, was im Folgenden mithilfe des dritten Prinzips erarbeitet werden soll.

3.3 „Beitragen statt Tauschen“

Statt die eigenen Fähigkeiten in Quantitäten ummünzen zu müssen, wie dies in einem herkömmlichen Tauschring immer noch der Fall ist, wird in einer „commons-basierten Peerproduktion“ aus einem Bedürfnis – das muss nicht nur Spaß, sondern kann auch Verantwortungsgefühl sein – heraus aktiv gehandelt. Ein solcher Austausch ohne Tauschlogik wird auch in Nutzungsgemeinschaften praktiziert (Habermann 2009: 76-83); schon lange, bevor dieses Wort entstand, gründete sich bereits der Tauschring *Gib&Nimm* in Wuppertal, der ebenfalls auf Kontoführung und Äquivalenzlogik verzichtet (ebd.: 95-98).

Ein weiteres Beispiel stellt die Nichtkommerzielle Landwirtschaft (NKL) dar, betrieben auf dem Karlshof bei Templin. Der bereits mit seiner Kritik an kollektiven Betrieben zitierte David charakterisiert mit dieser schon das Besondere an der NKL, in der Produkte wie Kartoffeln, Erbsen, Getreide oder Öl aus Sonnenblumenkernen nicht verkauft, sondern unentgeltlich und ohne Äquivalenzlogik abgegeben werden. Selbst an einem der Arbeitseinsätze beteiligt gewesen zu sein, ist nicht Voraussetzung für ein Nehmen. David umreißt die Grundidee so: „Sachen nicht für den Verkauf zu produzieren, sondern an andere in einem politischen Kontext abzugeben, mit der Motivation, nicht-kommerzielle, nicht-kapitalistische Nahrungsmittelversorgungssysteme aufzubauen“ (zit. nach ebd.: 25). Vielen falle es schwer, eine solche Wirtschaftsweise auch nur zu denken. Davids zur Zeit des Interviews (2009) geäußelter Wunsch, es möge sich in Berlin eine nichtkommerzielle Backgruppe finden, welche das

Getreide weiterverarbeitet und als Brote unentgeltlich und ohne Tauschlogik abgibt, hat sich inzwischen erfüllt. Seine Vision ist, den gesamten angrenzenden Bereich von Nahrungsmittelproduktion und Weiterverarbeitung sowie generell ein Netzwerk aus nichtkommerzieller Produktion aufzubauen.

Um es als gesellschaftlich koordinierte Wirtschaftsweise weiterzudenken, ist der Denkansatz der „Peerökonomie“ von Christian Siefkes (2008) sicher hilfreich, wonach die Bedürfnisse als auch die Tätigkeiten internetgestützt koordiniert werden. Dann wird zwar nicht erst beim Aufstehen entschieden, was am Tag ansteht – aber welcher Unterschied zu einer Gesellschaft, die Menschen schon nach der Grundschule, spätestens aber mit der beruflichen Ausbildung weitgehend darauf festlegt, womit sie in Zukunft überwiegend ihre Lebenszeit zu füllen haben.

Auch Sorgetätigkeiten würden damit abgedeckt, denn die Unterscheidung zwischen produktiven und reproduktiven Tätigkeiten wird in einer „commons-basierten Peerproduktion“ obsolet und damit einer alten feministischen Forderung gerecht. Das ist alles andere als selbstverständlich in Ansätzen alternativen Wirtschaftens. Denn, solange es eine bestimmte Arbeitszeit abzuleisten gibt, besteht das Dilemma, dass Sorgetätigkeit entweder auf Arbeit reduziert und in Zeiteinheiten gemessen wird – welche Folgen das hat, erfahren wir in der Kantine oder spätestens im Senior_innenheim – oder aber privatisiert und damit nicht als Arbeit gewertet. Diese Zwickmühle ist nur zu lösen, wenn Tätigkeiten nicht dem Tauschzwang unterliegen.

3.4 Freiwilligkeit / Freie Kooperation / Offenheit

Freiwilligkeit ist damit zunächst das, was das Beitragen vom Tauschen unterscheidet. Freie Kooperation beinhaltet sogenannte *forks*, die im Konfliktfall die Trennung der Projekte mit möglichst geringen „Kosten“ für beide Seiten gewährleisten, statt einen Zwang auferlegen, sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner streiten zu müssen. Und sie bedeutet wiederum die Offenheit, bei der das Prinzip „Alles für alle“ gilt.

Entwicklung ist hier nur in einem ganz anderen Sinne das Ziel – in den Worten von Karl Marx und Friedrich Engels (1959 [1848]: 482) als: „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“.

4. Fazit

So, wie Post-Development den westlichen Weg des Wachstums in Frage stellt, tun dies auch die vorgestellten, in Deutschland diskutierten Postwachstums-Ansätze. Sowohl im Post-Development-Diskurs als auch im Postwachstums-Diskurs und seinen Vorläufern – nicht zuletzt unter dem Stichwort „feministische Ökonomie“ – findet sich eine Bandbreite von Ansätzen. Dabei argumentiere ich, dass in den heute prominent erörterten Postwachstums-Konzepten die Produktionsweise an sich nicht in Frage gestellt wird, während dies in feministischen Ansätzen vielfach geschah und geschieht, allerdings auch, ohne konkrete Alternativen aufzuzeigen.

Unter dem in den 1990er Jahren in der internationalistischen Szene Deutschlands bestehenden Schlagwort einer „Abwicklung des Nordens“ wurden die damals vorherrschenden Ökologie-Diskussionen darauf zuge-spitzt, Forderungen von Post-Development gerecht zu werden. Jedoch versan-dete dieser Aufruf zu staatspolitischen Maßnahmen wie Abrüstung und, nicht minder abstrakt, zu einem „sozial befriedigenden Leben ohne den Umweg über Lohnarbeits-Geld“ ohne große Resonanz erhalten zu haben. Hier wurde der Versuch deutlich, Alternativen zum Kapital zu finden, das Unternehmen durch Konkurrenz dazu zwingt, es möglichst profitabel weiter zu verwerten. Praktisch aufgezeigt wurden diese Alternativen allerdings nicht, sondern es blieb bei dem Verweis, diese müssten sich aus der Praxis ergeben.

Sowohl begleitend zu solchen Überlegungen als auch unabhängig davon entwickelten sich Ansätze alternativer Wirtschaftsweisen in dieser Zeit weiter, wie in diesem Text mit Beispielen aus dem deutschsprachigen Raum belegt wurde. Da sich aus diesen Projekten Prinzipien einer anderen „ReProdukti-onsweise“ herauslesen lassen, die einer solchen „Abwicklung des Nordens“ im Sinne einer Auflösung ökonomischer Herrschaft sowie der Ausbeutung von Natur und Mensch gerecht würden, ermöglichen sie es heute, über diese Kritik hinauszugehen. Ähnliche wie die von mir in diesem Text nachgezeich-neten Konzepte finden sich unter den Stichworten „Peerökonomie“ (Siefkes 2008), „Commonie“ (Heimrath i.E.) oder „peer-commonistische Reproduk-tionsweise“ (Meretz 2012). Letzterer, Stefan Meretz, lädt in seinen jüngeren Beiträgen dazu ein, das „Bilderverbot“ einer anderen Gesellschaft aufzugeben und damit über die alten Diskussionen hinauszugehen. Dieser Artikel soll ein Beitrag hierzu sein.

- 1 www.whopools.net/index.php?lang=de&page=static&pageid=about, 6.1.2012.
- 2 Das Beispiel stammt von Nidhi Tandon, Internationaler Workshop: „Nachhaltiges Wirtschaften und Grünes Wachstum – wer (ver)sorgt?“, veranstaltet von genannt und der Friedrich-Ebert-Stiftung, 12.2.2013, Berlin.
- 3 Eine (unvollständige) Liste der Standorte findet sich unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_%C3%B6ffentlichen_B%C3%BCchern_A4nken, 6.1.2012.

Literatur

- Achbar, Mark/Abbott, Jennifer (2003): *The Corporation*. Dokumentarfilm, CA. <https://www.youtube.com/watch?v=Y888wVY5hzw>, 22.12.2012.
- AK LOEK (o.J.): *Regal*. <http://www.ak-loek.de/Main/Regal>, 3.1.2012.
- Bartolini, Stefano (2010): *Manifesto for Happiness. Shifting Society from Money to Well-Being*. www.econ-pol.unisi.it/bartolini/papers/MANIFESTO.pdf, 20.12.2012.
- Bennholdt-Thomsen, Veronika (2010): *Geld oder Leben. Was uns wirklich reich macht*. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/Schön, Susanne/Scurrall, Babette (2000): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Grünwald: Kleine.
- Biesecker, Adelheid (2010): *Jenseits der Krisenökonomie – Vorsorgendes Wirtschaften*. Beitrag auf der 8. Armutskonferenz in Salzburg. http://www.armutskonferenz.at/index2.php?option=com_docman&task=doc_view&gid=458&Itemid=69, 20.12.2012.
- Cornell, Drucilla/Muvangua, Nyoko (2012): *Ubuntu and the Law: Indigenous Ideals and Postapartheid Jurisprudence*. New York: Fordham University Press.
- Diefenbacher, Hans (2011): *Szenario Arbeitswelt*. In: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hg.): *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?* Frankfurt am Main: Fischer, 152-177.
- Escobar, Arturo (1995): *Encountering Development. The Making and Unmaking of the Third World*. Princeton: Princeton University Press.
- Escobar, Arturo (2009): *Territories of Difference: Place, Movements, Life, Redes*. Durham: Duke University Press.
- Felber, Christian (2012): *Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst*. Wien: Deuticke.
- Habermann, Friederike (2004): *Aus der Not eine andere Welt. Gelebter Widerstand in Argentinien*. Königstein: Ulrike Helmer.
- Habermann, Friederike (2009): *Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag*. Königstein: Ulrike Helmer.
- Heimrath, Johannes (i.E.): *Die Commonie. Versuchsanordnung für eine Post-Kollaps-Gesellschaft des guten Lebens*. Aarau: AT.

- Himanen, Pekka (2001): Die Hacker-Ethik und der Geist des Informations-Zeitalters. München: Riemann.
- Hirsch, Fred (1976): The Social Limits to Growth. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Kaden, Wolfgang (1984): Wachstum, Wachstum über alles. Die überholten Rezepte der Wirtschaftspolitik. In: Burgdorff, Stephan /Meyer-Larsen, Werner (Hg.): Weniger Arbeit. Die Überlebenschance der Industriegesellschaft. Reinbek:rororo, 27-42.
- Kasser, Tim (2003): The High Price of Materialism. Cambridge: MIT Press.
- Krämer, Hans Leo/Leggewie, Claus (Hg., 1989): Wege ins Reich der Freiheit. Berlin: Rotbuch.
- Luxemburg, Rosa (1981 [1913]): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus. In: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke Bd. 5. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1959 [1848]): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW Bd.4, Berlin: Dietz, 459-493.
- Meretz, Stefan (2012): Bilderaffirmation und Bilderverbot. <http://wadk.de/2012/bilderaffirmation-und-bilderverbot>, 21.12.2012.
- Meretz, Stefan (2012): Ubuntu-Philosophie. <http://keimform.de/2012/ubuntu-philosophie>, 15.2.2013.
- Miegel, Meinhard (2011): Exit. Wohlstand ohne Wachstum. Berlin: List.
- Mies, Maria (1990): Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich: Rotpunkt.
- Möller, Carola (1997): Überlegungen zu einem gemeinwesenorientierten Wirtschaften. In: Möller, Carola/Bleibaum, Brigitte/Steitz, Lilo/Peters, Ulla/Wagnerová, Alena (Hg.): Wirtschaften für das „gemeine Eigene“. Handbuch zum gemeinwesenorientierten Wirtschaften. Berlin: trafo, , 17-32.
- Paech, Niko (2009): Eine Ökonomie jenseits des Wachstums. In: Einblicke 49, 24-27.
- Paech, Niko (2011): Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie. In: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus? Frankfurt am Main: Fischer, 131-151.
- Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. München: oekom.
- Peters, Ulla (1993): Den Kapitalismus nicht verändern, sondern abschaffen. In: Schwertfisch (Hg.): Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie. Bremen: Yeti press, 74-79.
- Rada, Uwe (2009): Seenland in Spekulantenhand. Brandenburger Seen zu verkaufen. In: die tageszeitung, 17.7.2009.
- Reddy, Sanjay (2006): Counting the Poor. The Truth about World Poverty Statistics. In: Panitch, Leo/Leys, Colin (2006): Socialist Register 2006: Telling the Truth. New York: Monthly Review Press, 169-178.
- Sachs, Wolfgang (Hg., 1993a): Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik. Reinbek: Rowohlt.

- Sachs, Wolfgang (1993b): Die vier E's. Merkposten für einen maß-vollen Wirtschaftsstil. In: Politische Ökologie 33, 69-72.
- Schibel, Karl-Ludwig (1985): Das alte Recht auf die neue Gesellschaft: Zur Sozialgeschichte der Kommune seit dem Mittelalter. Frankfurt am Main: Sendler.
- SCHWUPS (1997): Entwurf einer Grundsatzklärung. In: Schwertfisch: Zeitgeist mit Gräten. Politische Perspektiven zwischen Ökologie und Autonomie. Bremen: Yeti press, 103-111.
- Siefkes, Christian (2008): Beitragen statt tauschen. Materielle Produktion nach dem Modell Freier Software. Neu-Ulm: AG SPAK.
- Steinmeyer, Ulrich (2008): Aus der Praxis selbstverwalteter Betriebe: 10 Jahre BIBER. Ökologisch, kooperativ, sozial – wie geht das? In: Giegold, Sven/ Embshoff, Dagmar (Hg.): Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus. Hamburg: VSA, 39-42.
- Werlhof, Claudia von (1991): Was haben die Hühner mit dem Dollar zu tun? Frauen und Ökonomie. München: Frauenoffensive.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.
- Ziai, Aram (2006): Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Abstracts

So wie Post-Development den westlichen Weg des Wachstums in Frage stellt, so tun dies auch Postwachstums-Ansätze. Sowohl im Post-Development-Diskurs als auch im Postwachstums-Diskurs und seinen Vorläufern – nicht zuletzt der Diskussion zu feministischer Ökonomie – findet sich dabei eine Bandbreite von Ansätzen: vom Aufruf zur Mäßigung bis zur Kritik am kapitalistischen Modell. Dieser Beitrag zeichnet einige Eckpunkte der Debatte in Deutschland nach und verweist auf die Diskussionen in den 1990er Jahren in der internationalistischen Szene unter dem Schlagwort einer „Abwicklung des Nordens“, mit denen Forderungen aus dem Post-Development-Diskurs begegnet werden sollte. Dabei wird die damalige Aussage, Konzepte einer alternativen Wirtschaftsweise seien aus der bestehenden Praxis solidarischer Ökonomie abzuleiten, aufgegriffen und argumentiert, dass sich aus derzeit praktizierten Ansätzen alternativen Wirtschaftens – belegt mit Beispielen aus dem deutschsprachigen Raum – Prinzipien einer anderen „ReProduktionsweise“ herauslesen lassen, welche

einer solchen „Abwicklung des Nordens“ im Sinne einer Auflösung ökonomischer Herrschaft sowie der Ausbeutung von Natur und Mensch gerecht würden.

Just as the post-development discourse questions the Western way of growth, so does the debate on degrowth. Both in post-development and in degrowth debates (and its predecessors, not least ecofeminism) there is a whole range of approaches: from the call for moderation to the open criticism of the capitalist model. This paper sketches some key points of the debate in Germany, and refers to the slogan of the ‘liquidation of the North’ in order to comply with post-development requirements, points which were used in the internationalist scene of the 1990s. Drawing on examples from German-speaking countries and taking up a claim from that debate, namely that concepts of an alternative economic system should be derived from existing practices, it is argued that, from currently practised approaches of alternative economic activity, principles of another ‘mode of reproduction’ can be deduced. These principles would fulfill the requirements of such a ‘liquidation of the North’ in terms of a dissolution of economic domination as well as with regard to the exploitation of nature and human beings.

Friederike Habermann
friede@kesselberg.info